

Stephanus post

Der Stephanuskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion informiert

Dezember 2019

An jedem Ort der Welt:

Christenhass, Muslimhass oder Antisemitismus geht uns alle an!

Heißt Religion gleichzeitig Frieden? Die Antwort auf diese Frage ist komplexer als es zunächst erscheint. Es ist ein verklärtes Bild von Religion, diese als reine Friedensbotschaften zu verstehen. Seit Jahrhunderten verursachen religiöse Spannungen blutige Konflikte. Dabei haben sich Kirchen und Anhänger religiöser Strömungen aus einem Gemenge aus populistischer Ideologie, religiöser Extreme und häufig vor allem aufgrund ihrer weltlichen Machtansprüche bekriegt.

Die geistigen Grundlagen für unser modernes Verständnis von Staat und Kirche konnten sich erst seit dem 19. Jahrhundert durchsetzen. Die Säkularisierung ist eine spezifisch europäische Entwicklung. Vorweg standen die Emanzipation des mündigen Bürgers und der Rechtsstaat. Durch die Garantie personenbezogener Rechte verpflichteten sich Staaten, den Schutz für die verschiedenen konfessionellen und religiösen Ausprägungen sicherzustellen. Die staatlich garantierte Religionsfreiheit schützt den Einzelnen und befriedet in der Theorie die Gesellschaft. In Deutschland hat exemplarisch die Weimarer Reichsverfassung von 1919 endgültig den „christlichen Staat“ beseitigt. Dies brachte, auch durch die rechtliche Gleichstellung von Religion und nichtreligiöser Weltanschauung, volle individuelle und für die Religionsgemeinschaften institutionelle Freiheit. Der gemäßigte Glaubensstaat war nunmehr Staat der Religionsfreiheit.

Heute liegt unserer Verfassung ein Verständnis zugrunde, das Hans-Jürgen Papier, der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, einmal als „Leitkultur der Vielfalt“ beschrieb. In Deutschland gibt es Platz für jede friedliche Religion, unsere Gesellschaft definiert sich qua Verfassung als tolerant gegenüber Gläubigen gleichermaßen wie Atheisten oder Agnostikern. Aber diese verfassungsrechtliche Ambition spiegelt sich nicht in der gesellschaftlichen Realität wider. Es ist etwas aus der Balance geraten. Offen religiösen Menschen schlägt vielerorts Ablehnung entgegen. Im Netz beobachten wir mehr und mehr *hate speech*, eben auch auf religiöse Gruppen gemünzt; alle Statistiken belegen einen Anstieg der Gewalt aufgrund anti-religiöser Motivation. Pinchas Goldschmidt, der Präsident der Konferenz der europäischen Rabbiner, hat über die Situation der Juden in Europa gesagt: „Die Gefahr ist nicht imaginär, sie ist real.

Foto: Tobias Koch



Sie ist nicht weit weg, sondern wir spüren sie täglich“. Selbst in Europa ist Juden-, Moslem- oder Christenhass nicht zu verleugnen.

Das Thema Christenverfolgung ist kein exklusives für die Christenheit, wie Muslimhass oder Antisemitismus auch nicht nur Sache von Muslimen oder Juden ist. Es betrifft uns alle, an jedem Ort der Welt. Der Wettbewerb der Werte und Systeme hat sich globalisiert, der Einfluss Chinas, und damit der Einfluss autoritärer Werte, wird weiterhin steigen. Umso wichtiger ist es, dass Christen nicht schweigen, wenn Gläubige Opfer von Mordkampagnen werden. Umso wichtiger ist es, sich für die Menschenrechte in Gänze stark zu machen. Umso wichtiger ist es, auch nach innen zu blicken und in Deutschland Antisemitismus und Fremdenhass entschlossen zu begegnen. Es braucht einen neuen Impuls zur Befriedung unserer Gesellschaft, die heute mit allen Gesellschaften der Welt verwoben ist. Den Auftrag für die Zukunft hat Bundeskanzlerin Angela Merkel nach ihrem Besuch im Konzentrationslager Auschwitz auf den Punkt gebracht: „Hier geloben wir erneut, alles zu tun, damit das Leben, die Würde, das Recht und die Freiheit jedes Menschen, gleich, zu welchem Gott er sich bekennt, welchem Volk er angehört und welcher Abstammung er ist, auf dieser Erde unverletzt bleiben“.

Ihr 

Nach der Konferenz in Singapur:

Mit geballter Stimme für die Religionsfreiheit

Am 30. und 31. Oktober fand die dritte große Konferenz des International Panel of Parliamentarians for Freedom of Religion or Belief (IPPFoRB) in Singapur statt. Mit uns sprach Volker Kauder über die Ergebnisse der Konferenz, die Unterschiede und Gemeinsamkeit im parlamentarischen Einsatz für die Religionsfreiheit weltweit und ob er auch in Zukunft dem IPPFoRB erhalten bleibt.

Nach allen Berichten und Studien verschlechtert sich die Situation der Religionsfreiheit weltweit – raubt eine Konferenz wie die IPPFoRB einem nicht jede Zuversicht oder spendet sie doch Hoffnung?

Untersuchungen legen nahe, dass insbesondere staatliche Akteure immer mehr in die Religionsfreiheit ihrer Bürger eingreifen. Dieselben Daten zeigen allerdings auch – etwa der Bericht des Pew Research Centers – dass interreligiöse Gewalt abgenommen hat. Gerade eine Plattform wie IPPFoRB kann dazu beitragen, kultur- und religionsübergreifende Allianzen zu schmieden, und zwar sowohl auf nationaler Ebene – man denke an die vielen multiethnischen Staaten Asiens – als auch auf internationaler Ebene. Gerade weil sich die weltweite Lage verschlechtert, braucht es Plattformen wie IPPFoRB. Dabei ist bereits die Tatsache, dass Parlamentarier aus aller Welt – etwa auch aus Pakistan und Myanmar – zusammenkommen, um sich für Artikel 18 stark zu machen, ein Zeichen der Hoffnung.

Internationalen Konferenzen wie der IPPFoRB wird oftmals nur die „Macht der warmen Worte“ attestiert. Wie begegnet man solch vorgreifendem Misstrauen?

Dieses Misstrauen wäre gerechtfertigt, wenn sich IPPFoRB ausschließlich in allgemeiner Weise mit der Bedeutung und Reichweite von Artikel 18 befassen würde. Aber die Stärke dieses Parlamentariernetzwerkes liegt gerade darin, grundsätzliche und akute, praktische Herausforderungen miteinander zu verknüpfen. Natürlich müssen wir thematisieren, was Artikel 18 überhaupt umfasst –

etwa das Recht, seine Religion abzulegen und zu wechseln – und was er nicht umfasst – etwa einen grundsätzlichen Schutzanspruch für religiöse Gefühle. Dann gilt es, genau hinzusehen: Wovon können wir gegebenenfalls lernen, welche Modelle interreligiöser Verständigung haben sich bewährt und welche spezifischen Herausforderungen ergeben sich von Land zu Land. IPPFoRB setzt dabei auch ganz konkret an und stellt beispielsweise ein „toolkit“ bereit, das Parlamentarier dabei unterstützt, in ihren Ländern parlamentarische Anfragen zu erstellen, oder entsprechenden Debatten in ihren jeweiligen Parlamenten zu initiieren und regionale Netzwerke zu schaffen.

Nach New York und Berlin fand nun die dritte Konferenz des IPPFoRB in Singapur statt. Welches Zeichen wollte man mit der Wahl setzen?

Unsere Absicht war es, den asiatischen Raum, insbesondere die ASEAN-Staaten in den Blick zu nehmen. Und zwar in doppelter Hinsicht: Vier der ASEAN-Staaten haben den Zivilpakt über bürgerliche und politische Rechte weder unterzeichnet noch ratifiziert. Durch die ethnische und religiöse Vielfalt sowie durch die politische Dominanz einzelner Religionen, etwa des Islam in Malaysia, wird die Religionsfreiheit in der Region herausgefordert. Daher wollten wir sehen, wie Staaten für die Vielfalt von Ethnien und Religionsgemeinschaften ein gutes Miteinander ermöglichen. Singapur setzt auf ein striktes, meritokratisches Gesellschaftsmodell und einen säkularen Staat. Das Besondere ist allerdings, dass der Staat durch sogenannte „Inter-Racial and Religious Confidence Circles“ interreligiöse Begegnungen sehr stark fördert. Es ging also durchaus auch darum, positive Beobachtungen zu machen.

Sie selbst konnten an allen Konferenzen teilnehmen: Haben sich die Themen über die Zeit verändert, wird heute anders diskutiert als 2015 in New York?

Grundsätzlich haben zwei Themen

besonders an Relevanz gewonnen: Zum einen das Erstarken bzw. Wiederaufstehen von nationalistischen Ideologien, etwa der Hindutva-Ideologie in Indien, die sich dem Motto „eine Nation, eine Kultur, eine Religion“ verpflichtet fühlt. Die Indische Volkspartei BJP, die nicht nur den Premierminister stellt, sondern in der Mehrzahl der indischen Bundesstaaten regiert, vertritt ähnliches Gedankengut. Eine solche Koppelung von Nationalismus und Religion ist verheerend für die Rechte religiöser Minderheiten in Indien, insbesondere Muslime und Christen. Zum anderen wird Religionsfreiheit verstärkt durch *hate speech* in sozialen Medien bedroht: auf entsprechenden Plattformen ist eine gemäßigte Diskussionskultur einem enthemmten Klima des offenen Hasses gewichen. Die große Herausforderung, vor der wir hier stehen, ist die Frage, wie wir Hassrede allgemein, aber besonders gegen Religionsgemeinschaften und ihre Mitglieder möglichst unterbinden können, ohne freilich die Meinungsfreiheit unzulässig einzuschränken. Hier ist es entscheidend, Strategien zu entwickeln, die bereits unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit ansetzen, etwa durch Sensibilisierung und das Vermitteln von Social-Media-Kompetenz.

Inhaltsverzeichnis

Der Stephanuskreis Ein Appell des Vorsitzenden	1
Interview Volker Kauder MdB	2
Gastbeitrag Mechthild Heil MdB	4
Gut zu wissen: Zukunft der Christen in Syrien	4
Stephanuskreis Intern Veranstaltungen & Vorträge	6
Aus aller Welt In den Medien	7 8
Tipps & Termine	9

Im pazifischen Raum steigt der Druck auf religiöse Minderheiten; sei es durch staatliche Repression wie in China oder sei es durch den Einfluss eines radikal verstandenen Islam wie in Indonesien. Wie kann eine einzelne Konferenz so unterschiedliche Problemlagen adressieren?

Es wäre illusorisch zu erwarten, dass eine Konferenz Problemlagen wie in China und Indonesien beheben oder vollumfänglich adressieren kann. Aber: IPPFoRB kann durch sein Netzwerk und sein Know-how einzelnen Akteuren helfen und sie selbst befähigen, ihrerseits für Veränderungen einzutreten. IPPFoRB kann zudem mit der geballten Stimme vieler Parlamentarier sprechen und denjenigen, die die Religionsfreiheit missachten, z.B. durch Advocacy-Briefe deutlich signalisieren, dass ihre Vergehen nicht unbemerkt geschehen. Das löst die genannten Probleme nicht, kann aber ein wichtiger Schritt hin zu einer solchen Lösung sein.

Wie können die persönlichen Beziehungen innerhalb des IPPFoRB verfolgt werden und bedrängten Menschen helfen?

Gute persönliche Beziehungen stabilisieren das Netzwerk. Auf der Konferenz wurden verschiedene Strategien diskutiert und es wurde deutlich, dass „naming and shaming“ nicht immer das gewünschte Ziel erreicht, ja sogar das Gegenteil bewirken kann. So sehr öffentlicher Druck manchmal das Mittel der Wahl sein kann, so sehr kann auch ein Austausch im Rahmen persönlicher Beziehungen dazu beitragen, ein gemeinsames Anliegen zu fassen und es an geeigneter und gegebenenfalls auch nicht-öffentlicher Stelle anzusprechen.

Die Konferenz richtete zum Abschluss eine Erklärung an den UN-Generalsekretär. Welche Erwartungen haben Sie und IPPFoRB an die Vereinten Nationen gerichtet?

Die „Singapore Declaration of Freedom of Religion or Belief“ ist zunächst eine Selbstverpflichtung. Inhaltlich knüpft sie an die Oslo Charter an und betont, dass die Religionsfreiheit in der Würde des Einzelnen gründet. Dieses Bekenntnis mag selbstevident sein. Es

Foto: IPPFoRB



Auf dem Podium - Volker Kauder in Singapur während der Konferenz der IPPFoRB.

ist aber angesichts der Bestrebungen mancher Akteure, die Religion selbst und nicht etwa die Freiheit des Einzelnen zu schützen, von erheblicher Relevanz: Die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), die sich inzwischen „Organisation für islamische Zusammenarbeit“ nennt, und der derzeit 56 Staaten angehören, in denen der Islam entweder Staatsreligion oder die Religion der Bevölkerungsmehrheit ist, beschloss 1990 die „Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“, die sich als islamischer Gegenentwurf zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte versteht. Dieses Dokument erkennt das Recht auf Religionsfreiheit im Sinne von Artikel 18 in keiner Weise an.

Die gute Zusammenarbeit mit der UN zeigt sich darin, dass der Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit, Ahmed Shaheed, als Keynote-Redner an der Konferenz teilnahm, insbesondere für den „Rabat Plan of Action“ warb und erläuterte, dass die politische Instrumentalisierung von Religion, mangelnde Rechtstaatlichkeit, soziale Medien und die Verknüpfung von religions- und sicherheitspolitischen Fragen zu den maßgeblichen Einflussfaktoren von Intoleranz zählen. Wir erwarten daher von der UN, die spezifische Bedrohung der Religionsfreiheit öffentlich sichtbar und hörbar zu adressieren.

Sie haben angekündigt, nicht mehr für den Deutschen Bundestag zu kandidieren. Bleiben Sie dem IPPFoRB erhalten?

Dass ich dem IPPFoRB weiterhin verbunden bleiben werde, steht für mich außer Frage. Zugleich ist es natürlich entscheidend, dass zukünftige Generationen von aktiven Parlamentariern sich den Einsatz für Artikel 18 zu Eigen machen. Die rege Teilnahme an der Konferenz und die Vielfalt der vertretenen Nationen sind hier ein Grund zur Zuversicht.

IPPFoRB Konferenz:

Zum Abschluss der Konferenz verabschiedete man die „Singapore Declaration“. Diese spricht sich für eine Reihe von konkreten Maßnahmen aus, allesamt anschlussfähig an UN-Dokumente. Hier zeigt sich ein Wesenskern der IPPFoRB: Als Think-Tank menschrechtliche Herausforderungen im Zusammenhang mit der Religionsfreiheit für die Arbeit der Vereinten Nationen vordenken und für die Umsetzung praktische Angebote zu liefern. Die diesjährige Erklärung dient als Selbstverpflichtung der teilnehmenden Parlamentarier, zugleich richtet sie sich an den Generalsekretär der UN. Gefordert wird etwa eine Verbesserung des Schutzes religiöser Orte und Kultstätten im Sinne des UN „Plan of Action to Safeguard Religious Sites“ (2019). Ebenfalls betont die Erklärung eine Bekämpfung von Hetze sowie Aufrufen zu Gewalt und Diskriminierung, wie sie auch der „Rabat Plan of Action“ vorsieht.

Maria 2.0 und die Kirche

Alle Dienste, alle Ämter, alle Führungspositionen auch für Frauen

Maria 2.0 geht auf eine Initiative von katholischen Frauen aus dem Bistum Münster zurück. Sie wollten den Missständen in der katholischen Kirche entgegentreten und riefen daher im Mai 2019 zu einer Woche des Boykotts und Streiks auf: Frauen sollten ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten niederlegen und dem Gottesdienst fernbleiben.

sitzende der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands für die Rechte von Frauen ein. 1999 forderte unser Verband erstmals öffentlich die Zulassung von Frauen zu allen Diensten und Ämtern in der Kirche. Wir sind schon so lange am Bretterbohren für eine geschlechtergerechte Kirche, dass wir genau wissen: Wir katholi-

sprichwörtliche Fass zum Überlaufen.

Als wir im Dezember 2018 bundesweit zur Aktion „Macht Licht an!“ aufriefen, schlossen sich tausende Menschen an. Sie leuchteten dunkle Kirchentüren mit Taschenlampen an und forderten mit einem Gebet zur Erneuerung der Kirche die Aufklärung der Missbrauchsfälle und die Abschaffung verkrusteter Machtstrukturen. 32.000 Unterschriften konnten wir der Deutschen Bischofskonferenz im März 2019 übergeben.



Foto: kfd/ Britta Rausch

Mechthild Heil an vorderster Front der Initiative Maria 2.0. Ihr Anliegen: Vollständige Gleichberechtigung für Frauen in der katholischen Kirche. Mehr Hintergründe auf kfd.de.

Die Aktion stieß auf große Resonanz, die Zeit scheint reif zu sein.

Die Aktion Stieß auf große Resonanz, die Zeit scheint reif zu sein. Dabei ist das Anliegen nicht neu: Der Wunsch nach einer geschlechtergerechten Kirche, in der Frauen und Männern zu allen Diensten und Ämtern, zu allen Leitungs- und Verantwortungsfunktionen gleichermaßen und gleichberechtigt zugelassen sind. Eine Kirche, die sie aus derselben Liebe zum Glauben gemeinsam leiten und gestalten, mit allen Rechten und Pflichten.

Neben meinen Bundestagsmandat setzte ich mich auch als Bundesvor-

schen Frauen sind nur gemeinsam stark. Nur im Schulterschluss, nur mit vielen lauten Stimmen, und nur mit Mut, immer wieder neue Wege zu beschreiten, kann Veränderung gelingen.

Wir freuen uns deswegen über alles, was dabei hilft, die neu entfachte Frauenbewegung in der katholischen Kirche noch sicht- und hörbarer zu machen. Bundesweit unterstützen hunderte kfd-Gruppen die Initiative Maria 2.0, viele mit eigenen Aktionen in ihren Gemeinden. Für viele Frauen ist ein Streik, Boykott oder eine Demo eine geeignete Form, ihrer jahrelangen Enttäuschung Ausdruck zu verleihen. Endlich werden ihre Stimmen gehört.

Es hat mit Machtmissbrauch und den im Herbst 2018 erneut bekannt gewordenen Missbrauchsfällen an Kindern zu tun, dass so viele Frauen gesagt haben: Jetzt ist Schluss. Der Missbrauchsskandal brachte das

„Macht Licht an!“

Seitdem ist einiges in Bewegung gekommen, nicht nur durch Maria 2.0. In Deutschland, Österreich und der Schweiz, in Liechtenstein und Südtirol, sogar in Lateinamerika fordern Orden, Frauenverbände und Initiativen von Bischöfen und Vatikan, sich endlich der Lebensrealität der Menschen anzupassen und die Kirche zu öffnen, zu erneuern.

Wenn wir aber nicht bald spürbare Veränderungen erkennen, läuft die Amtskirche Gefahr, dass die Frauen ihr scharenweise den Rücken kehren. Wir werden daher mit anderen Verbänden und der theologischen Forschung die drängenden Fragen weiter beharrlich verfolgen – jetzt, wo die Themen, die Frauen seit Jahrzehnten beschäftigen, in Bewegung gekommen sind. Das Maß ist voll, das ist deutlich erkennbar an der Welle der bundesweiten Entrüstung, nicht nur von Frauen.

Wenn die katholische Kirche in Deutschland es ernst meint mit ihrem Reformwunsch, muss sie sich mit der Frage nach dem Zugang von Frauen zu allen Diensten und Ämtern dringend auseinandersetzen – ohne Geschlechtergerechtigkeit kann und wird es keine wirkliche Reform geben. In diesem Sinn geben wir dem synodalen Weg eine vielleicht insgesamt für die Kirche letzte Chance.

Katholische Schulen als Orte der Integration

Nicht nur nebeneinander, sondern miteinander

Meine letzte Reise in diesem Jahr führte mich Anfang Dezember nach Senegal. Das Land gilt als der stabilste Staat Westafrikas. Es heißt, dass Christen und Muslime hier friedlich zusammenleben, im Gegensatz zu anderen Staaten in der Region. Bei meiner Reise wollte ich mir vor allem ein Bild von der Lage vor Ort machen, mehr über die Situation der Christen erfahren sowie genauer verstehen, wieso das friedliche Miteinander von Menschen mit unterschiedlichem Glauben hier so gut funktioniert und welche möglichen Herausforderungen zukünftig bestehen.

Besonders beeindruckt hat mich der Besuch einer katholischen Schule, in der muslimische und christliche Kinder und Jugendliche miteinander lernen. Durch das gemeinsame Lernen können Freundschaften geknüpft werden und es findet eine gemeinsame Sozialisierung statt. Diese trägt sich bis ins Erwachsenenleben weiter. Interreligiösität durchzieht in Senegal viele Ehen und Familien, das habe ich in vielen Gesprächen erfahren. Christliche Schulen genießen in Senegal außerdem einen guten Ruf, das wirkt sich



Bildung ist ein Kernelement für Integration und eine friedliche Gesellschaft. Im Senegal besuchte Markus Grübel eine katholische Schule, die Christen und Muslime gemeinsam unterrichtet.

auch positiv auf das gesellschaftliche Ansehen der christlichen Minderheit des Landes aus.

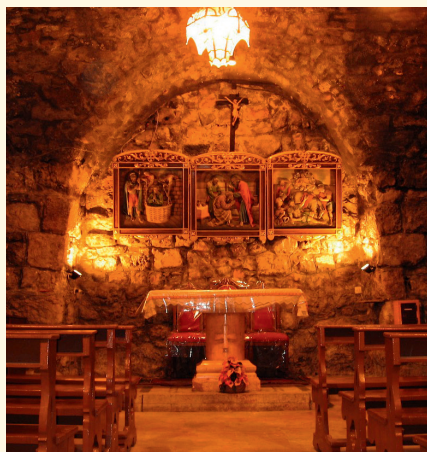
Der senegalesische Bildungsminister sagte mir allerdings auch, dass Wachsamkeit geboten sei, aufgrund des Einflusses von anderen islamischen Strömungen, denen im Gegensatz zum senegalesischen Sufismus eine radikalere Auslegung des Korans zugrunde liegt. Der Staat zielt

daher auf eine stärkere Kontrolle der Koranschulen, beispielsweise durch die Entsendung von staatlichen Lehrkräften in Koranschulen. Dadurch lernen muslimische Kinder nicht ausschließlich den Koran, sondern auch weitere Fächer. Sie erfahren dadurch auch die säkularen Werte der Republik.

Gut zu wissen

Haben Christen noch eine Perspektive in Syrien?

Eine Lösung des Syrien-Konflikts ist nicht in Sicht, auch wenn das Assad-Regime mittlerweile wieder mehr als die Hälfte Syriens kontrolliert. Der IS gilt als weitgehend geschlagen. Die Bevölkerung hat seit 2010 um rund 21 Prozent abgenommen, der Anteil der Christen um bis zu 78 Prozent. Große Teile von Nord- und Nordostsyrien werden von Kurden autokratisch kontrolliert, das Regime ist kaum präsent. In Deutschland fand die Diskussion um diese Gebiete erst durch den Vorschlag der Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, dort eine internationale Sicherheitszone einzurichten, öffentlich Beachtung. Heute träumen die Christen mehrheitlich



Eine leere Kappelle in Damaskus, ein Symbol für das bedrohte Christentum in Syrien.

von der Vorkriegssituation und stehen im Konflikt mit der kurdischen Verwaltung. Nur eine Minderheit unterstützt die Christen. Sorgen machen sich die Christen nun im Hinblick auf die Rahmenbedingungen der geplanten Sicherheitszone in Nordsyrien. Otmar Oehring, langjähriger Kenner der Region, hat in einer umfangreichen Studie beleuchtet, wie es um die Zukunft der Christen in Nord- und Nordostsyrien steht. [Mehr finden Sie hier.](#)

Veranstaltungen & Vorträge

Sitzungen des Stephanuskreises

Orientalisches Christentum in Greifswald

Das Alfried Krupp Wissenschaftskolleg veranstaltete im Mai dieses Jahres eine internationale Fachtagung mit dem Titel: „Orientalisches Christentum - Perspektiven aus der Vergangenheit für die Zukunft“. Die Christen im Nahen Osten stehen häufig in den Schlagzeilen der Zeitung. Es wird von Verfolgung, Bedrängnis und Auswanderung gesprochen. Ihre Zukunft – so scheint es – sieht sehr düster aus, einige sprechen sogar vom Ende des Christentums in der Region. Die internationale Tagung hatte zum Ziel, auch jenseits dieses Schreckensszenarios die Situation der Christen zu beleuchten. Nicht nur europäische Perspektiven kamen zur Sprache, sondern Christen aus der Region selber waren eingeladen, über ihre Lage zu sprechen. Für den Stephanuskreis durfte Christian Bradler, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro von Heribert Hirte, die komplexe Rolle der Politik in diesem Zusammenhang erörtern. Sein Vortrag hatte den Titel: „Religionsfreiheit als Herausforderung deutscher Politik - die Arbeit des Stephanuskreises in der Bundestagsfraktion der CDU und CSU“.

„Außenpolitik und Religion“

Zu Gast im Stephanuskreis war Botschafter Volker Berresheim. Dieser leitet im Auswärtigen Amt den Arbeitsbereich „Außenpolitik und Religion“. Dessen Hauptaufgabe ist es, die Friedenspotentiale, die die Zusammenarbeit mit religiösen Gruppen in einer Gesellschaft birgt, für die deutsche Außenpolitik nutzbar zu machen. Deshalb unterstützt sein Arbeitsbereich auch eine weltweit organisierte Konferenz der Organisation Religions for Peace, die in diesem Jahr in Lindau am Bodensee stattfand (siehe „Links, die sich loh-

nen“). Botschafter Berresheim wies aber auch auf die noch offenen Entwicklungspotentiale hin, die das Thema Religion für die deutsche Außenpolitik bietet. Eine hoffnungsvolle Erkenntnis im Auswärtigen Amt, auf die der Stephanuskreis sich in Zukunft berufen wird.

Übergabe aramäischer Schriften

Der Bundesvorsitzende der Aramäer in Deutschland übergab dem Deutschen Bundestag, vertreten durch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, zwei enorm wertvolle religiöse Schriften. Diese werden in Zukunft vor dem Andachtsraum im Reichstagsgebäude aufbewahrt. Neben Schäuble nahmen u.a. Markus Grübel als Beauftragter der Bundesregierung, Heribert Hirte als Vorsitzender des Stephanuskreises und Cem Özdemir an der Übergabe teil.



Ein Evangelium in kunstvoller aramäischer Handschrift und das „Vaterunser“ in der aramäischen Muttersprache Jesu Christi übergab Daniyel Demir an den Deutschen Bundestag.

„Eritrea – das vergessene Land am Roten Meer“

Mit Eritrea thematisierte der Stephanuskreis eines der Länder, in denen Christen verfolgt werden, ohne dass es einer breiten Öffentlichkeit bekannt wird. Und die Berichte von Mussie Zerai zeugten auf dramatische Weise, dass wir dies ändern müssen. Eritrea gilt als eines der repressivsten



Von den furchtbaren Methoden des kommunistischen Regimes in Eritrea berichtete Mussie Zerai.

Länder dieser Welt. Zahllose Menschen fliehen vor dem autoritären Regime von Isaias Afwerki, der seit der Unabhängigkeit Eritreas 1993 regiert. Aktuell belegt Eritrea für Deutschland Platz 9 unter den zugangsstärksten Herkunftsländern von Flüchtlingen. Und das obwohl in dem kleinen Land nur etwa fünf Millionen Menschen leben. Zerai selbst musste vor vielen Jahren nach Italien fliehen. Er berichtete von dem Militärdienst in Eritrea, der formal drei Jahre dauert, in der Realität aber willkürlich verlängert wird und Menschen teilweise über 20 Jahre im Dienst gefangen hält. Und das oftmals ohne oder nur mit geringster Vergütung. So fehlt jungen Menschen jede Hoheit über ihr eigenes Leben. Studium, Beziehungen können nicht selbstbestimmt gelebt werden.

Auch ist die Folter weiterhin Praxis des Regimes – die entsprechenden Bilder, die Zerai dem Stephanuskreis mitgebracht hatte, werden die Teilnehmer nicht vergessen. Auch die christliche Minderheit leidet unter dem Regime, insbesondere seitdem sich die katholischen Bischöfe offen gegen die Zustände im Land gewandt haben. Mittlerweile sind beinahe alle christlichen Schulen oder Kranken-

häuser enteignet, Angestellte, Lehrer und Ärzte entlassen worden, außer sie traten der Partei bei. Der lange Arm des kommunistischen Regimes reicht bis nach Deutschland. Davon zeugte der Journalist Zekarias Kebrab. Eritrea zwingt auch nach Europa Geflüchtete, im Zwangshandel gegen Pässe und andere offizielle Dokumente einen Teil ihrer Einkünfte, selbst wenn diese nur Hartz IV beziehen, an die Konsulate und Botschaften zu überweisen. Den Betroffenen bleibt meistens keine Alternative; denn dort ausgestellte offizielle Dokumente sind für Asylverfahren, das Finden einer Wohnung oder eines Arbeitsplatzes zwingend erforderlich. Als Vorsitzender des Stephanuskreises dankte Heribert Hirte den Gästen für ihren Mut: „Der Friedensvertrag zwischen Äthiopien und Eritrea war ein Hoffnungsschimmer. Wir müssen in der Entwicklungszusammenarbeit mehr darauf beharren, dass auch Eritrea, z.B. für den Militärdienst, Menschenrechte akzeptiert und befolgt.“

Anwälte im Kampf für verfolgte Menschen

Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht und somit abgeleitet eine Norm. Dafür Normen gegen Widerstände durchzusetzen, sind in demokratischen Ländern Gerichte zuständig, und auch im weltweiten Miteinander der Staaten haben sich internationale

Gerichtshöfe für diese Fragen weitestgehend etabliert. Doch die Theorie klingt besser als die Praxis: Für Christen, die beispielsweise in Pakistan oder Indien aufgrund von dort bestehenden Blasphemie-Gesetzen angeklagt werden, ist es eine existenzielle Frage, wie gut der dortige Rechtsstaat funktioniert, denn in Pakistan gibt es nach wie vor die Todesstrafe. Deshalb hat der Stephanuskreis zwei Expertinnen aus diesen Ländern eingeladen, die vor Ort, vor Gerichten in Pakistan und Indien für Menschenrechte kämpfen. Der erste Gast war Tehmina Arora. Sie führte mit ihrem Team von Anwälten erfolgreich über hundert Prozesse vor dem Supreme Court und anderen Gerichtsbarkeiten in Indien. Unter anderem konnte sie das verpflichtende Staatsregister für Konvertiten in Indien anfechten; an anderer Stelle errangen Arora und ihr Team Wiedergutmachung für erlittene Gewalt oder die Rückgabe von enteignetem Eigentum. Welche Auswirkungen der Konflikt in Kaschmir auf die Situation der Christen in Indien hatte, berichtete Frau Arora dem Stephanuskreis.

In der folgenden Woche durfte der Stephanuskreis Aneeqa Anthony begrüßen. Frau Anthony hat die Hilfsorganisation „The Voice Society“ gegründet. Gemeinsam mit anderen Anwälten widmen sich ihre Mitglieder unentgeltlich Opfern von falschen Blasphemiebeschuldigungen, Zwangskonversionen, Vergewaltigungen und häuslicher Gewalt. Anthony ist am Lahore High Court zugelassen, jenem Gericht, das das Todesurteil gegen die später freigelassene Asia Bibi im Jahr 2011 aufrechterhielt. Ende 2015 riefen Islamisten zu ihrer Ermordung auf, drei Anschlägen auf ihr Leben ist sie knapp entkommen. Die Anwältin berichtete über die Blasphemie-Gesetze, die instrumentalisiert werden, um falsche Anschuldigungen gegen



Schritt für Schritt - Tehmina Arora zeigte dem Stephanuskreis, mit welchen Methoden in Indien der Kampf um die Religionsfreiheit geführt wird. Ihr Appell: Auch Deutschland kann helfen.

Angehörige religiöser Minderheiten und andere unliebsame Personen zu erheben. Wiederholt kam es zu Akten der Selbstjustiz. Pakistan ist weltweit eines der repressivsten Länder für religiöse Minderheiten. Während in Indien der Rechtsweg mit fähigen Anwälten oft noch Schutz bietet, stehen Christen und Angehörige anderer Minderheitsreligionen in Pakistan oft vollständig schutzlos dar.

Arbeitsgruppe Verfolgte Christen

Die CDU Deutschland hat unter der Leitung der ehemaligen Abgeordneten Ute Granold die Arbeitsgruppe (AG) Verfolgte Christen wieder eingesetzt. Zahlreiche Abgeordnete der Bundestagsfraktion der Union sind dort vertreten. Nach der Satzung der Partei müssen auch die Bundesfachausschüsse und damit die daran gekoppelten AGs der Partei nach der Wahl einer neuen Parteiführung neu konstituiert werden. Heribert Hirte hat das Ziel, auch in diesem Gremium die Arbeit des Stephanuskreises für die Partei sichtbarer zu machen. Neben Parteimitgliedern sind auch zahlreiche NGOs, religiöse Vereinigungen und Kirchen in der AG vertreten. Das ermöglicht einen breiten Blick auf die teilweise dramatische Situation für viele Christen weltweit.



Pakistan ist eines der repressivsten Länder für religiöse Minderheiten - ohne staatliche Unterstützung kämpft Aneeqa Anthony mit der von ihr gegründeten „Voice Society“.

Was die Öffentlichkeit bewegt

Stephanuskreis in den Medien

In der Woche nach dem 6. Mai besprach Heribert Hirte jeden Morgen **das Tagesevangelium** im Domradio. Sowohl Gedanken und Impulse zu vorab vorgetragenen Bibelstellen wie auch Gespräche über Tagespolitik, Europa oder den persönlichen Alltag eines Bundestagsabgeordneten finden Sie in diesen Interviews. Sie finden die gesammelten Beiträge [unter diesem Link](#).

Endlich konnte **Asia Bibi** Pakistan verlassen. Den Leidensweg der wegen angeblicher Blasphemie verurteilten pakistanischen Frau hat die Deutsche Welle zusammengefasst. Zudem dankte Missio, das internationale katholische Hilfswerk, allen Unterstützern Bibis für ihren Einsatz, so auch dem Stephanuskreis und Heribert Hirte. Nun ist es wichtig, auch die anderen knapp 100 Menschen in Pakistan nicht zu vergessen, die wegen Blasphemie-Vorwürfen im Gefängnis sitzen. Die [Deutsche Welle fasste den Leidensweg](#) von Asia Bibi noch einmal zusammen.

Volker Kauder und Heribert Hirte forderten in einer gemeinsamen Presseerklärung: **Die Verfolgung religiöser Minderheiten im Jemen muss aufhören.** Die beiden CDU-Politiker sprachen sich gegen eine Verurteilung und für die Freilassung von Hamed bin Haydara aus, der am 2. Januar 2018 als praktizierender Bahá'í von einem Sondergericht in Sana (Jemen) aus religiösen Gründen zum Tode verurteilt wurde. Auch von der UN gab es Druck auf die Huthi, dieses Urteil auszusetzen. Das Schicksal von bin Haydara ist bis heute unklar, die Verhandlung wurde mehrfach vertagt. [Lesen Sie hier mehr.](#)

Kann ein **Gedenktag für die Opfer religiöser Verfolgung** wirklich etwas bewirken? Heribert Hirte ist davon überzeugt. Denn gerade in säkularen Ländern kann er ein Gefühl dafür vermitteln, mit welchen Problemen Religionen weltweit kämpfen. Hier lesen Sie sein [Interview mit dem Domradio](#) anlässlich des internationalen Gedenktages für die Opfer religiöser Verfolgung.

Seit 2014 sitzt **Heribert Hirte dem Stephanuskreis** vor. Der Zusammenschluss von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU-Fraktion setzt sich intensiv für verfolgte Christen und die Religionsfreiheit weltweit ein. [In einem großen Interview](#) mit der Tagespost schildert Hirte die Arbeit des Stephanuskreises und die Herausforderungen der Zukunft.

Die **Jahrbücher zu Christenverfolgung und Religionsfreiheit** wurden vorgestellt, auch Heribert Hirte beteiligte sich mit einem Geleitwort, dazu unten mehr. Darin fordert der Vorsitzende des Stephanuskreises in der Unionsfraktion im Bundestag mehr Einsatz für Glaubensfreiheit. Religionsfreiheit müsse in der deutschen Außenpolitik stärker implementiert werden. Lesen Sie den [gesamten Artikel auf katholisch.de](#).

Über den Stephanuskreis mit der **indischen Menschenrechtsanwältin** Tehmina Arora berichtete die Tagespost. Diese schilderte ihren Arbeitsalltag in Südasien. Heribert Hirte fasste für die Seite der Politik zusammen: „Als politische Vertreter müssen wir die grundrechtlichen Freiheiten auf der ganzen Welt schützen und fördern.“ [Mehr hierzu in der Tagespost.](#)

In China hat die Regierung nach Medienrecherchen hunderttausende Angehörige der **uigurischen Minderheit in Lagern** interniert. Das belegen als geheim eingestufte Dokumente aus dem Inneren der Kommunistischen Partei, wie das Internationale Konsortium Investigativer Journalisten berichtet. Heribert Hirte äußerte sich hierzu in einer Pressemitteilung: „Wir blicken auf das derzeit größte bestehende System an Menschenrechtsverletzungen unserer Zeit. Das kommunistische China scheint sich weiter ideologisch zu radikalieren.“ Hintergründe hierzu finden Sie auf [evangelisch.de](#) oder in einem [Beitrag der „Tagespost“](#).

Schön gesagt

„Wir sollten zuallererst und vor allem mit Gott über Verfolgung reden. Und dann können wir kräftig handeln. Durch solches Beten wird auch unsere Haltung und unser Handeln von Gott geprägt. [...] Wir machen uns schuldig, wenn wir die Christen vergessen, die für ihren Glauben unter Druck stehen.“

Christof Sauer, Professor für Religionsfreiheit und Erforschung der Christenverfolgung an der Freien Theologischen Hochschule in Gießen, während des Kongresses „Christenverfolgung heute“ am 13. November in Schwäbisch Gmünd.

„Wir brauchen einen ‚Klimawandel‘ bei der Religionsfreiheit. Wir schulden der Welt den Einsatz für Freiheit.“

Jan Figel, EU-Sonderbeauftragte für Religionsfreiheit außerhalb der Europäischen Union, im Rückblick auf seine Amtszeit.

„Religionsfreiheit ist ein weitgespanntes Menschenrecht. Es ist ein Recht aller Menschen – nicht nur ein Recht der Frommen, auch ein Recht von Skeptikerinnen und Skeptikern, von manchen Leuten, die so ein bisschen querdanken oder nicht so genau wissen, also durchaus auch ein Recht der traditionell religiösen Menschen, aber auch der Suchenden, der Zweifelnden, derjenigen, die gegenüber Religion auch skeptisch eingestellt sind.“

Der Theologe und Menschenrechts-Experte Heiner Bielefeldt im Interview mit dem Deutschlandfunk

„Den Opfern müssen wir unsere Solidarität, die nicht nur ein bloßes Lippenbekenntnis sein darf, deutlich signalisieren. Diejenigen, die andere aufgrund ihrer Religion verfolgen und ermorden, müssen als Täter benannt werden und wissen, dass wir ihrer ideologischen Brutalität niemals tatenlos gegenüberstehen werden“

Volker Kauder in einem FAZ-Gastbeitrag

Der Westen sollte die Verfolgung von Christen endlich ebenso ernst nehmen wie Islamophobie und Antisemitismus.

Paul Widmer in einer Kolumne der NZZ

TERMINE

16. Januar 2020

Konferenz: „The link between politicizing religion and community stability and prosperity“ in Berlin, Interfaith Alliance for Safer Communities and the Conference of European Rabbis

19. bis 27. Februar 2020

Exposure- und Dialogprogramm in Kenia, „Religionen als Partner für Frieden, Sicherheit und Entwicklung?“

23. Februar 2020

Bürgerschaftswahl in Hamburg

14. April 2020

Festakt zur Grundsteinlegung des House of One, Berlin

Folgen Sie dem Vorsitzenden des Stephanuskreises auf [Twitter!](#)

@HHirte schreibt dort regelmäßig zu den Hashtags #Stephanuskreis und #Religionsfreiheit.



Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
Prof. Dr. Heribert Hirte MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Stephanuskreis,
Prof. Dr. Heribert Hirte MdB
T 030. 227-7 78 32
F 030. 227-7 68 30
heribert.hirte@bundestag.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Diese Klicks lohnen sich:

Aktuelle Studien und Beiträge zur Religionsfreiheit und Situation von Christen

Das Thema der **Prüfung einer religiösen Konversion im Asylverfahren** findet aufgrund der Zunahme religiöser Verfolgung mehr Beachtung, aber auch vor dem Hintergrund des Anstiegs der Asylbewerberzahlen 2015. Diese Prüfung wird von Staat und Kirche regelmäßig als Kompetenzkonflikt wahrgenommen. Benjamin Karras hebt in einem Beitrag für die Konrad-Adenauer-Stiftung hervor, dass staatliche Entscheidungsträger rechtlich befugt und beauftragt sind, die religiöse Identität und die Ernsthaftigkeit des Glaubenswechsels eines konvertierten Asylbewerbers zu prüfen. Wie dieses System verbessert werden kann, [beschreibt Karras in seinem Beitrag](#).

Eine wesentliche Herausforderung der Debatte um Repressionen gegen religiöse Minderheiten ist die **Begriffsdefinition „Verfolgung“**. Gleichzeitig ist eine solche Definition aber Voraussetzung für politisches Handeln, muss man sich doch mehrheitlich einig sein, über welche Realitäten man spricht aufgrund derer Maßnahmen ergriffen werden können. Eine kenntnisreiche Einführung in dieses Thema hat Roland Müller aufgeschrieben, [zu lesen auf katholisch.de](#).

Erster **„Internationaler Tag zum Gedenken an die Opfer von Gewalt aufgrund von Religion oder Glauben“** der Vereinten Nationen – die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich. Religionsfreiheit ist insbesondere für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein wichtiges Anliegen. Nachdem der internationale Gedenktag in diesem Jahr zum ersten Mal begangen wurde, fasste die Fraktion ihr Engagement in einer Pressemitteilung zusammen. [Lesen Sie hier mehr dazu](#).

Alljährlich veröffentlichen die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), die Deutsche Evangelische Allianz (DEA) und das International Institute for Religious Freedom (IIRF) die Jahrbücher „Reli-

gionsfreiheit“ und „Verfolgung und Diskriminierung von Christen“. Heribert Hirte verfasste für die Ausgaben 2019 ein Geleitwort. Darüber hinaus wurde seine Rede anlässlich des Gedenktages an den Völkermord an den Aramäern veröffentlicht. [Die Jahrbücher können Sie hier herunterladen](#).

Überlegungen zur Weiterentwicklung des **religionspolitischen Ordnungsmodells** in Deutschland - Das über lange Zeit etablierte religionspolitische Ordnungsmodell gerät zunehmend unter Druck. Der Ruf nach einer Abschaffung oder grundsätzlichen Reform dieses Modells geht jedoch an den aktuellen Notwendigkeiten vorbei. Wie kann das religionspolitische Ordnungsmodell in Deutschland weiterentwickelt werden? [Hier gibt es mehr zu diesem Thema](#).

Das **britische Außenministerium** hat einen Bericht zur Situation von Christen weltweit in Auftrag gegeben. Das Ergebnis: Die Religionsgruppe erlebt starke Verfolgung, der Bericht spricht davon, dass deren Ausmaß in manchen Regionen beinahe einem Völkermord entspreche. Der britische Außenminister Jeremy Hunt gab den unabhängigen Bericht in Auftrag, diesen erstellte der Bischof von Truro, Philip Mounstephen, für die britische Regierung. Dieser wird in diesem Bericht empfohlen, bei der Förderung von Religionsfreiheit weltweit federführend zu werden. [Den ganzen Bericht finden Sie hier](#).

Der zehnte Bericht des Pew Research Centrums gibt wieder, inwieweit sich **staatliche Repressionen** gegenüber religiösen Entitäten zwischen den Jahren 2007 und 2017 entwickelt haben. Die Zahlen belegen eindeutig einen enormen Anstieg an Ländern, in denen staatliche Eingriffe in die Ausübung religiöser Praktiken oder gegenüber Angehörigen religiöser Gruppierungen nachzuweisen sind. Eine Zusammenfassung des Berichts können [Sie hier finden](#); den [vollständigen Bericht gibt es hier](#).